

# Fahrende dürfen drei Wochen bleiben

**WETZIKON** Zunächst sah es nach Konfrontation und Polizeieinsatz aus, dann fanden Behörden und Fahrende einen Kompromiss. Gelöst ist das Problem mangelnder Standplätze aber noch lange nicht.

Auf dem Wetziker Chilbiplatz stehen am Freitagmorgen zwei Dutzend Wohnwagen. Sie gehören Fahrenden, die hier seit Donnerstagabend logieren. Sie haben Vorzelte aufgespannt und Kaffee-Tischchen aufgestellt. Kindergartenkinder rennen aufgedreht umher, ein pinkes Trotti-nett liegt auf dem Kiesplatz. Vor einem der Wagen steht eine Gruppe Frauen und plaudert.

Die Situation ist nur scheinbar ungezwungen. Zwischen den modernen weissen Wohnwagen und sorgfältig polierten Autos steht auch ein Polizeiwagen. Darum herum diskutierende Männer: Fahrende, Polizisten und der Wetziker Stadtrat Marco Martino (SVP).

## Die Räumung droht

Die Fahrenden müssen weg. Das hat der Stadtrat verfügt. Bis um 12 Uhr mittags läuft das Ultimatum. Die Fahrenden haben die Verfügung angefochten. Dennoch: Sie befürchten, dass es zur Räumung kommt.

Bei den Fahrenden handelt es sich um Jenische. «Alles Schweizer Bürger», betont Silvan Waser. Er ist Vizepräsident der Bewegung der Schweizer Reisen-

den und mit seinem Wohnwagen auf dem Platz. Allzu oft würden sie mit Roma aus dem Ausland in den gleichen Topf geworfen.

Ein wichtiger Unterschied für die Jenischen. Im Gespräch mit den Leuten auf dem Chilbiplatz fallen immer wieder die gleichen Sätze – in breitesten Dialekten verschiedener Herkunft. «Wir zahlen Steuern» – «Wir leisten Militärdienst» – «Wir gehen alle einer geregelten Arbeit nach.»

Für das, was sie da in Wetzikon tun, haben die Jenischen keine Bewilligung. Ein Umstand, der Silvan Waser vollauf bewusst ist. «Wir haben in der Vergangenheit mehrmals um Bewilligungen für den Chilbiplatz ersucht, aber nie eine erhalten.» Er betont: «Wir tun das nicht, weil es uns Spass macht. Sondern weil wir keine andere Wahl haben. Wir wissen nicht, wohin.»

Das Problem sei die viel zu tiefe Zahl an Standplätzen, sagt Waser. Zwar habe das Bundesgericht bereits 2003 die Kantone dazu verpflichtet, ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen. Aber das werde einfach nicht erfüllt. In der Region gebe es einzig in Gossau einen Standplatz – für

gerade einmal vier Wohnwagen. In Wetzikon sind 23 Wagen auf dem Platz.

Die letzten 13 Tage haben die Fahrenden in Bülach verbracht. Dort habe die Gemeinde einen Platz zur Verfügung gestellt, sagt Waser. Am Donnerstagabend um 18 Uhr kamen die Fahrenden in Wetzikon an. Eine halbe Stunde später sei die Polizei auf dem Platz gestanden und habe ein erstes Ultimatum bis 20 Uhr gestellt, aber Kulanz gezeigt.

## STANDPLÄTZE

### Nur ein Mini-Platz im Oberland

Balthasar Thalman von der Baudirektion bestätigt den Mangel an Standplätzen in der Region, den die Fahrenden beklagen. Der Platz in Gossau sei tatsächlich sehr klein. Im Oberland sei deshalb gemäss gesetzlicher Grundlage ein zusätzlicher Standplatz für rund 15 Wagen nötig. Angedacht ist ein Standort im Umfeld des Hinwiler Betzholzkreisels. Noch dieses Jahr wolle man «den Wegweiser stellen», so Thalman. Er betont, dass diese Standplätze ausschliesslich für Schweizer Fahrende vorgesehen seien. *mvf*

Doch auch dem verlängerten Ultimatum bis 12 Uhr mittags wollen die Fahrenden nicht Folge leisten. Sie harren aus. Es ist auch eine Demonstration für ihre Rechte. «Für alles hat es Platz, ausser für uns», sagt Silvan Waser. Immer mehr Standplätze würden in Parkplätzen umgewandelt oder zu Campingplätzen umfunktioniert. Dort würden sie ebenfalls weggewiesen. «Nirgends werden wir geduldet.» Andere Plätze würden überbaut. Dort, wo heute der Lidl steht, war früher einer.

## Viele motivierte Junge

Claude Bircher (63) ist der älteste Fahrende auf dem Platz. Er erinnert sich, wie er bereits als Zehnjähriger auf den Plätzen im Oberland unterwegs war. Viele davon seien verschwunden, zuletzt jener in Hittnau. Gleichzeitig steige die Zahl der Fahrenden. «Die Jungen wollen ihren eigenen Wohnwagen.» Die Zahl der Jenischen habe zugenommen – wie die der Gesamtbevölkerung auch. «Wenn eine Gemeinde wächst, versteht man das – wenn aber mehr Fahrende unterwegs sind, nicht.»

Stundenlang verhandeln die Fahrenden mit den Behörden. Das Ultimatum läuft aus. Die Fahrenden sind bereit, die Konfrontation in Kauf zu nehmen. Vor drei Jahren räumte die Poli-

zei in Bern einen Platz der Jenischen. «Männer und Frauen wurden getrennt, kleine Kinder in Polizeigewahrsam genommen», erzählt Waser.

In Wetzikon kommt es nicht zu solch wüsten Szenen. Kurz nach 13 Uhr einigen sich die Behörden mit den Fahrenden: Sie dürfen auf einem Teil des Kiesplatzes bleiben, für 300 Franken im Tag zuzüglich Nebenkosten. Drei Wochen dürfen die Wagen stehen bleiben.

Der Kompromiss stimme für beide, sagt Martino. Entscheidend sei das Verhalten der Fahrenden gewesen. «Sie sind sehr freundlich, und der Platz ist blitzblank sauber.» Eine Eskalation habe keinen Sinn gemacht.

«Eine Räumung wäre nicht rechtmässig gewesen», sagt Dave Huser, Präsident der Bewegung der Schweizer Reisenden, der mittlerweile angereist ist. Eine Gemeinde sei verpflichtet, eine Alternative anzubieten. «Und Alternativen gibt es eigentlich immer.»

Dennoch lobt Huser Stadtrat und Kantonspolizei: «Sie waren nett mit uns.» Womit Huser meint, dass sie sich der gesetzlichen Grundlagen bewusst seien und danach gehandelt hätten.

*Michael von Ledebur*

Video zum Thema unter [zueriost.ch/webtv](http://zueriost.ch/webtv)



Jenische haben sich auf dem Wetziker Chilbiplatz niedergelassen. Für 300 Franken am Tag dürfen sie bleiben.

*Mirjam Müller*

# Wie schlimm ist die Fluktuation in Ringwil?

**HINWIL** Der Hinwiler Kantonsrat Peter Preisig (SVP) wundert sich in einer Anfrage über die Fluktuation im Vollzugszentrum Bachtel in Hinwil. Der Regierungsrat gibt in seiner Antwort Entwarnung.

Aufgrund von Medienberichten ist der Hinwiler Kantonsrat Peter Preisig (SVP) über die Situation im Vollzugszentrum Bachtel in Ringwil alarmiert. In einer Anfrage schreibt er, die Zufriedenheit der Mitarbeiter sei gemäss Medienberichten nicht optimal. Seit einem Führungswechsel 2014 soll die Fluktuation zugenommen haben.

Dabei stellt er die Frage, wie viele Frührentierungen und Kündigungen es seit dem Führungswechsel gegeben hat. Zudem will er mit Bezug auf eine Mit-

arbeiterbefragung wissen, wer jene Fragen ausgearbeitet und ausgewertet hat. Er fordert aber auch eine Antwort ein, ob krank geschriebene Mitarbeiter intakte Chancen zur Rückkehr hätten und wie die Amtsleitung die «bekanntesten Probleme» lösen wolle.

## Fluktuation im Rahmen

Der Regierungsrat zeigt in einer Statistik, dass die Fluktuation nicht markant zugenommen hat. 2014 verliessen drei Personen den Betrieb, 2015 fünf Personen, 2016 sieben. Doch auch 2011 kam es schon zu einem Abgang von sechs Personen in einem Jahr, 2010 waren es fünf. Das Vollzugszentrum verfügt über 45 Stellen.

Die Analyse der Gesamtsituation in Ringwil habe ein externer Berater im Herbst 2015 durchgeführt. Der Berater habe zwölf

«Ich ging mehr oder weniger von diesen Antworten aus.»

*Peter Preisig, Kantonsrat Hinwil*

Interviews mit Mitarbeitern geführt und 14 schriftliche Rückmeldungen ausgewertet. Dazu komme eine interne Mitarbeiterumfrage, die alle drei Jahre bei sämtlichen Mitarbeitern der Direktion der Justiz und des In-

tern durchgeführt werde, so der Regierungsrat.

Die Analyse habe dazu geführt, dass «neue Kommunikations- und Sitzungsgefässe» für die Mitarbeiter geschaffen wurden. Zudem sei teils die Aufgaben- und Kompetenzregelung überarbeitet worden.

## Rückkehr ist möglich

Bezüglich länger dauernden Absenzen wegen Krankheit oder dergleichen schreibt der Regierungsrat, dass ein Arbeitsverhältnis nur in Einzelfällen aufgelöst werden müsse. Die Auflösung gelte dann als unverschuldet und dem betreffenden Mitarbeiter stünde gegebenenfalls eine Abfindung zu. Der Kanton als Arbeitgeber biete aber im Bedarfsfall auch ein Case Management an. Dieses diene dem Zweck, dem erkrankten Mitarbeiter die

Rückkehr an den Arbeitsplatz zu ermöglichen. «Dieses Verfahren wurde eingeführt, um die soziale Verantwortung des Kantons als Arbeitgeber wahrzunehmen», heisst es in der Antwort.

## Wechsel auch nach Ringwil

Im Fazit schreibt der Regierungsrat, dass sich die Fluktuation im Vergleich zu anderen Institutionen des Amtes für Justizvollzug im Durchschnitt bewege. Zudem würden Mitarbeiter aus anderen Zürcher Gefängnissen ins Vollzugszentrum in Ringwil wechseln.

Kantonsrat Preisig äussert sich auf Anfrage zufrieden mit den Auskünften des Regierungsrates. «Ich ging mehr oder weniger von diesen Antworten aus.» Darüber hinaus wolle er die Sache nicht kommentieren.

*David Kilchör*

# Haus Geeren erhält Absage von Stiftung

**FISCHENTHAL** Die Stiftung Drei Tannen aus Wald hat dem Fischenthaler Gemeinderat eine Absage erteilt. Sie will das Fischenthaler Altersheim Haus Geeren nicht übernehmen.

Die Zukunft des Fischenthaler Alters- und Pflegeheims Haus Geeren zeichnet sich langsam ab. Nach der Entlassung der Heim- und Pflegedienstleitung im Sommer 2015 hatte die Gemeinde grosse Mühe, die Stellen zu besetzen. Personalwechsel und teure temporäre Stellenvermittlungen waren die Folge. Seit Mai 2016 wird das Haus Geeren interimistisch durch das Pflegezentrum (PZ) Bauma geführt, vorläufig bis Ende 2017.

## Zu viele Unwägbarkeiten

Im Dezember informierte Gemeinderätin Judith Sievi (SVP) im Anschluss an die Gemeindeversammlung, dass der Gemeinderat zwei Optionen bezüglich der Zukunft des Altersheims prüfe: eine Fusion mit der Stiftung Drei Tannen in Wald oder eine Leistungsvereinbarung mit dem PZ Bauma. Nun teilt der Gemeinderat mit, dass er von der Stiftung Drei Tannen eine Absage erhalten hat. Der Stiftungsrat des Drei Tannen vertrete die Meinung, dass ein Zusammenschluss der beiden Institutionen nach dem Fusionsgesetz äusserst komplex sei, zu vielen Unwägbarkeiten führe und auch politische Risiken berge, schreibt der Fischenthaler Gemeinderat. Aufgrund der Absage werde der Gemeinderat mit dem PZ Bauma eine Leistungsvereinbarung ausarbeiten. An der Gemeindeversammlung vom 29. September sollen die Fischenthaler Stimmbürger dann über die Vorlage befinden. *sib*

# SVP für mehr Schulraum

**SEEGRÄBEN** Die SVP Seegräben beschloss an ihrer Generalversammlung für die Abstimmung vom 21. Mai die Zustimmung zum Kredit von 1,8 Millionen Franken für die Sanierung und Erweiterung der Primarschulanlage Seegräben. Wie die Partei in einer Medienmitteilung schreibt, hat die Versammlung erfreut zur Kenntnis genommen, dass sich die dafür anfallenden Kosten seit der ersten Veröffentlichung gleich geblieben sind. *zo*

## Korrigendum

### Die erste Frau im VR-Ausschuss

**REGION** Im Bericht über die Generalversammlung der Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland (VZO) in der gestrigen Ausgabe stand, dass mit Claudia Hollenstein aus Stäfa erstmals eine Frau in den VZO-Verwaltungsrat gewählt worden sei. Das ist so nicht richtig. Hollenstein wurde als erste Frau in der Geschichte der VZO in den Ausschuss des Verwaltungsrates gewählt. Nebst Hollenstein sitzen aktuell drei weitere Frauen im VZO-Verwaltungsrat. *zo*